

2200. Artikel zu den Zeitereignissen

# Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 279

Christian Jung und Torsten Groß "Der Linksstaat" (14) – Buschmüller – Ortner – "Demokratie leben"

Christian Jung und Torsten Groß schreiben weiter unter dem Titel *Kampf gegen Rechts bis in die kleinste Verästelung*:<sup>1</sup>

*Im Dezember 2012 initiiert der damalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude die Ernennung von Rechtsextremismusexperten auf Stadtteilebene. In jedem Bezirksausschuss (ähnlich einem Stadtrat auf Stadtteilebene) will man den Kampf gegen Rechts angehen.*

*Marcus Buschmüller<sup>2</sup> und die ebenfalls bei a.i.d.a. aktive Martina Ortner (s.re.<sup>3</sup>) übernehmen die Vorarbeit. Beide sind sowohl für den Verein a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.) als auch für die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus im Feierwerk (firm) tätig.*

*In ihrem Arbeitspapier »Gemeinwesenarbeit als Baustein gegen Rechtsextremismus« zeigen die beiden auf, wie unter anderem die Bezirksausschüsse in den Kampf der Linken eingebunden werden sollen.<sup>4</sup>*



*Schon der Titel des Arbeitspapiers verrät, welchen geistigen Wurzeln diese Überlegungen geschuldet sind. Denn Gemeinwesenarbeiter (im Original: »Community Organizer«) sind nach Saul Alinsky<sup>5</sup> Radikale, die zur Machterlangung und -erhaltung jedes Mittel als legitim ansehen und es entsprechend auch anwenden (siehe hierzu das Kapitel: »Wie man den politischen Gegner zerstört – Saul Alinsky und seine Jünger«).*

*Dass sich Ortner und Buschmüller tatsächlich auf Alinsky beziehen, stellt man spätestens beim Studium des Literaturverzeichnisses ihres Papiers fest. Die beiden Radikalen weisen darin schon an der ersten Stelle auf den Altmeister der Infiltration selbst hin.*

*Es handelt sich bei dem Arbeitspapier um nichts anderes als das Drehbuch für das, was Monate später von Ude umgesetzt wurde. Wie oben dargestellt, gibt Alinsky das Ziel aus, Institutionen wie Kirchen, Behörden, politische Gremien, Bürgerinitiativen und Ähnliches zu infiltrieren. In der Arbeitsanweisung Buschmüllers und Ortners zur »Aktivierung« der Bezirksausschüsse liest sich das so:*

<sup>1</sup> *Der Links-Staat*, S. 61-64, Kopp 2016

<sup>2</sup> Siehe Artikel 2198 (S. 4) und 2199 (S. 2/3)

<sup>3</sup> <http://www.muenchner-trichter.de/muenchner-trichter/unsere-struktur/die-mitgliederversammlung-des-muenchner-trichters/>

<sup>4</sup> Unter Anmerkung 49 steht:

[http://old.089gegenrechts.de/index.php?id=27&no\\_cache=1&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=351&type=98&print=1](http://old.089gegenrechts.de/index.php?id=27&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=351&type=98&print=1)

<sup>5</sup> Siehe Artikel 2191 und 2192 (S. 1/2)

»Die so erkannten Fragestellungen (Anmerkung der Autoren: >Kampf gegen Rechts<) können in verschiedene Netzwerke (z. B. Regsam, Lernen vor Ort) und Gremien (z. B. Bezirksausschuß, Sozialplanung) eingespeist werden, sei es durch die Bewohnerinnen selbst oder durch die Vertreterinnen der GWA.«

Ziel ist es erkennbar auch, die »Bewohnerinnen« der absoluten Führung des »Gemeinwesenarbeiters« zu unterstellen.

Doch nicht nur die neue und mittlerweile tatsächlich in Angriff genommene Stoßrichtung auf das politische Gremium Bezirksausschuss wird in dem Arbeitspapier deutlich. Vielmehr wird durch den Bezug zu Saul Alinsky zudem erkennbar, was damit erreicht werden soll. Originäres Ziel ist es, den politischen Gegner als das Übel der Gesellschaft schlechthin darzustellen und dies bis in die letzte Verästelung der städtischen Gesellschaft hinein zu transportieren.

Ganz gemäß dem Papst der Radikalen Alinsky und der von ihm geschriebenen Bibel "Rules for Radicals": Der politische Gegner wird zermürbt und folglich irrelevant (»Pick the target, freeze it, and personalize it«, "Rules for Radicals", Seite 130).

Die CSU-, FDP- und sonstigen nichtlinken Vertreter im Stadtrat werden häufig gar nicht wissen, wie ihnen geschieht. Denn auch die Sprache des Arbeitspapiers entspricht den Vorgaben des Radikalen-Meisters. Es soll den Gegner mit zuckersüßen Tönen einschläfern. »Don't scare them away« (Erschrecke sie nicht), gab Alinsky vor, der dem Radikalen auch in Bezug auf Kleidung ein bürgerliches Auftreten nahelegte.

Wer sich mit Alinsky und dem Arbeitspapier Buschmüllers und Ortner beschäftigt, wird feststellen, wie wenig originell, dafür im Gegenzug aber umfassend treu zum Meister der Radikalen das Konzept für Münchens Kampf gegen Rechts auf Ebene des untersten politischen Gremiums verfasst ist.

Aber neben dem Ziel der möglichen Machterhaltung und -ausdehnung im Rahmen der nächsten Kommunalwahl geht es noch um etwas anderes: Geld und Posten. Wie von Saul Alinsky entwickelt, geht es auch hier darum, dem Wasser gleich, Geld und auch bezahlte Stellen auf die eigenen Antifa-Mühlen zu leiten.

Wer seinen Alinsky verstanden hat – aber letztlich auch jeder andere –, weiß, wohin die Entwicklung führen wird, wenn Ortner und Buschmüller in ihrem von OB Ude umgesetzten Arbeitspapier klarmachen (Hervorhebung durch die Autoren):

»Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Bezug auf Aktivitäten gegen Rechtsextremismus eine engagierte Gemeinwesenarbeit hilfreich ist. Dafür bedarf es dauerhafter Strukturen um Erfahrungswissen aufbauen und auf ein vielschichtiges Netzwerk zurückgreifen zu können. Zu empfehlen ist, dass in Kooperation mit Fachstellen immer wieder spezielle Angebote organisiert bzw. Ideen und Vorschläge der Bewohner\_innen aufgegriffen und mit ihnen gemeinsam bearbeitet werden.«

Einfacher ausgedrückt: Es sollen sich die an die Arbeit machen, die ohnehin schon im »Kampf gegen Rechts« aktiv sind und finanziell unterstützt werden müssen.

Sobald das Geld aber das Rathaus verlassen hat, gibt es keinen wirklichen Anspruch des Steuerzahlers mehr zu erfahren, was mit seinem sauer verdienten Geld geschieht. So fragwürdig die Ziele, Methoden und das eingesetzte Personal ohnehin schon sind, so berechtigt bleibt die Frage nach dem Verbleib der öffentlichen Gelder. Zumal es (nicht nur an dieser Stelle) gewaltig nach Vetternwirtschaft riecht.

*Denn Buschmüller und Ortner wohnten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Papiers schon über 12 Jahre zusammen; eine wie auch immer geartete Beziehung zwischen den beiden liegt da nahe.*

*Doch Buschmüller will keine Auskunft darüber geben, ob er aus dem Budget von firm seiner mutmaßlichen Lebensgefährtin wissenschaftliche Aufträge zuschanzt. Auch bleibt die Frage offen, ob Ortner zugleich eine der Beschäftigten von firm ist.*

*Wie auch immer das Netzwerk konstruiert ist oder welche Vorteile die einzelnen Mitglieder davon auch haben mögen: Ziel ist es, möglichst weit und tief in die einzelnen gesellschaftlichen Verzweigungen hinein für Überwachung und Einschüchterung zu sorgen. Ganz so, wie es Alinsky beschreibt.*

*Dies ist nicht nur im Falle kommunaler Netzwerke der Fall, sondern auch die Bundesebene versucht, mit ihren Programmen bis hinein ins letzte Dorf ihrer eigenen – linken – Sichtweise zum Durchbruch zu verhelfen (siehe auch Kapitel »Förderrichtlinien – Vorgaben, um die >Falschen< auszugrenzen«).*

*Beispiel Baden-Württemberg (s.u.): Vom Bund werden gemäß dem Programm »Demokratie leben!« im Bundesland die sogenannten Demokratiezentren finanziert. Diese agieren dann im Auftrag Baden-Württembergs.<sup>6</sup> Möglichst auf lokaler Ebene sollen die »Mitarbeiter der Fachstellen für Demokratie«<sup>7</sup> wirken.*

(Anfang und Ende der Internetseite <http://www.demokratiezentrum-bw.de/>)

*Jedoch ist auch hier fraglich, was diese Mitarbeiter unter Demokratie verstehen. So verlinkte das Demokratiezentrum Baden-Württemberg am 14. Juli 2016 über den eigenen Twitter-Account auf das linksextremistische Internetportal "Linksunten indymedia". Am 3. August 2016 verlinkte das vermeintliche Demokratiezentrum auf die ebenfalls linksextremistische und laut Selbstbeschreibung »marxistisch orientierte« "Junge Welt".*

*Weitere Demokratiezentren sind laut Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits in allen Bundesländern aktiv.<sup>8</sup> (Fortsetzung folgt.)*

<sup>6</sup> Unter Anmerkung 50 steht: Am Fußende der Startseite wird unter dem Wappen des Bundeslandes festgehalten: »Im Auftrag Baden-Württembergs«, <http://www.demokratiezentrum-bw.de/>

<sup>7</sup> Unter Anmerkung 51 steht: Bezeichnung aus einer Stellenanzeige für ein Demokratiezentrum.

<sup>8</sup> Unter Anmerkung 52 steht: <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/demokratiezentren.html>